

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 10.

Mittwoch den 10. Januar 1877.

71. Jahrgang.

**Nummer 14,900.**  
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk., incl. Postgebühren 5 Mk., nach die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegproben 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Pf., mit Postbefreiung 45 Pf. Inserate 14 Tage 20 Pf., weitere 20 Pf. mehr. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Rechnungen unter dem Redaktionsstempel die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachnahme.

früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Zehamngasse 33.  
Besprechungsstunden der Redaction:  
Dienstag 10—12 Uhr.  
Mittwoch 4—6 Uhr.  
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.  
In den Filialen für Zus. Annahme:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,  
Eduard Köhler, Katharinenstr. 15, v.  
nur bis 1/8 Uhr.

## Bekanntmachung.

Das vom Stifftsrathe Dr. Johann Franz Born für einen in Leipzig geborenen, die Rechte studirenden Sohn  
a. eines Besitzers der hiesigen Juristenfacultät, oder, da deren keiner vorhanden,  
b. eines Besitzers des vormaligen hiesigen Schöppenstuhles, oder, da ein solcher auch nicht wäre,  
c. eines Rathsherrn alhier, und wenn deren ebenmäßig keiner zu finden,  
d. eines hiesigen Bürgers  
gestiftete Stipendium im Betrage von jährlich 41 Thlr. 3 Gr. 3 Pf. — 123  $\frac{1}{3}$   $\frac{1}{3}$  ist auf die Jahre 1877 und 1878 zu vergeben.  
Der Empfänger dieses Stipendii hat jedes Jahr am 12. Juni über ein „argumentum juridicum“ zu peroriren und diese Oratio schriftlich nebst einem auf des Stipendialen Kosten zu druckenden Programm des Herrn Ordinarius der Juristenfacultät bei uns einzureichen.  
Wir fordern diejenigen Herren Studirenden, welche auf obiges Stipendium Anspruch machen wollen, hierdurch auf, sich unter Befreiung ihrer stiftungsgemäßen Qualifikation bis zum 1. März d. J. schriftlich bei uns anzumelden, widrigenfalls sie demselben unberücksichtigt bleiben.  
Leipzig, am 5. Januar 1877.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Wesserschmidt.

## Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Professor Dr. Kolbe war die Leuchtstärke des städtischen Leuchtgases in der ersten Hälfte des Monats December 1876 dieselbe wie im Monat November; sie betrug das 15fache von der Leuchtstärke der Normalwachskerze.  
Gegen Ende des Monats war die Leuchtstärke etwas geringer.  
Leipzig, den 8. Januar 1877.  
Des Rathes Deputation zur Gasanstalt.

## Kreppig, 10. Januar. Auf zur Wahl!

Der Ruf erklingt durch ganz Deutschland. Der Tag der Entscheidung ist da. Heraus, ihr Männer alle, zum Kampfe! Das Vaterland hält Wacht; es zählt seine Söhne und es zählt auf sie.  
Auf zur Wahl! das sei heute der erste Gedanke jedes deutschen Mannes, und der zweite sei: für Kaiser und Reich! Auf zur Wahl! rufe inner dem Andern zu, und die Antwort auf den Ruf laute: für Kaiser und Reich! Die Feinde der deutschen Entwicklung und Diejenigen, die gleichgültig und grämlich daneben stehen, sie mögen erfahren, daß in dem wieder erstandenen Deutschland kein Raum mehr ist für Parteien, deren oberstes Gesetz nicht die Größe und Ehre des Vaterlandes ist. Schmach über die verlorenen Söhne, die es über sich gewinnen, die Ehre ihrer Mutter zu besetzen; aber auch die Treue ihrer Verachtung, unser Mitleid, die im Stande wären, für diese Ehre einzutreten, die aber so pflichtvergessen und träge sind, es zu unterlassen. Wer ein treuer Sohn sein will und ein Mann, der trete vor und zeuge für sein Vaterland; er vereine seine Stimme mit denen der Gleichgesinnten, und ein Chor von Tausenden und Abertausenden von Stimmen brause dahin, die treulosen Brüder beschämend, das aufstrebende Ausland belehrend, die Feinde Deutschlands niederzunehmend!  
Auch unser Leipzig haben die Vaterlandlosen zum Kampffelde erkoren, dasselbe Leipzig, das seit langen Jahren seinen Stolz darin setzt, die nationale Fahne voranzutragen, dasselbe Leipzig, das noch vor wenigen Monaten dem ehrwürdigen Träger des nationalen Gedankens, unserem Kaiser, zujubelte und so liebe Worte herzlicher Zuneigung von ihm vernahm. Wird Leipzig seiner Geschichte untreu werden, seinen schönsten Ruhm mit eigener Hand vernichten, das Vertrauen seines kaiserlichen Gassenbrüders täuschen? Nimmermehr! Es wird den heutigen Tag an die schönen Tage des September reichen; es wird seiner patriotischen Begeisterung, die heute dieselbe ist wie damals, von Neuem einen überwältigenden Ausdruck geben.  
Auf denn zur Wahl! Fort mit den Socialisten, die das Reich in eine rauchende Trümmerstätte verwandeln wollen, und fort mit den Männern der „deutschen Fortschrittspartei“, die in letzter Zeit weiter und weiter von der deutschen Idee fortgeschritten ist! Diese Partei fühlt sehr wohl, daß sie bei uns keinen Sieg erringen kann; aber sie will den unseren zu Schanden machen, das Gewicht der socialistischen Stimmenzahl durch Zerpflihung der Liberalen stärken. Darum lasse sich Niemand, dem das Reich, dem der Ruf Leipzig lieb, durch noch so schön klingende Redensarten irreführen! Wiege sich Niemand in allzu große Sicherheit! Bedenke ein Jeder, daß es auf ihn, vielleicht gerade nur auf ihn ankomme! Sei ein Jeder am Platze mit dem Rufe: Für Kaiser und Reich!  
und mit dem Stimmzettel für den entschieden reicheren Vertreter  
**Stephani!**

## Der Wahlaufruf für Bebel

Es ist dem gestrigen Blatte bereits geäußert worden; aber auf einen Punkt möchten wir die Aufmerksamkeit noch etwas ausführlicher lenken: das ist der wirtschaftliche Theil des Auftrufs. Der Wahlkampf, in welchen das deutsche Volk bei der Wahl für die nächste Periode des Reichstags eingetreten ist, mußte ein besonderes Interesse auch deshalb erwecken, weil man erwarten durfte, daß die socialdemokratische Partei die Berücksichtigung finden würde, dem

deutschen Volke nicht länger nur allgemeine Versprechungen und Zielsetzungen, sondern eine klare Darstellung ihrer Mittel und Wege zu geben. Was bisher über die Reden ihrer Führer in den Wahlversammlungen verlautete, schien zu beweisen, daß man sich in dieser Erwartung getäuscht habe. Um so mehr mochte man begierig sein, ob die Partei nicht wenigstens in Leipzig, dem Sitze ihrer Organisation, in ihrem Wahlauftrufe für einen ihrer hervorragendsten Führer sich herbeilassen werde, über ihr wirtschaftliches Programm etwas Positives, Gemeinverständliches zu sagen. Der Wahlaufruf für Bebel ist erschienen, und in allen Häusern unserer Stadt verlesen worden. Er enthält zwei kurze Abschnitte über das wirtschaftliche Programm der Socialdemokratie, aber was hier geboten wird, ist ärmer als arm. Dennoch mahdet der Aufruf den Wählern des 12. Wahlkreises nach diesen eben so kurzen als dunkeln Sätzen zu: Wenn auch die gegnerischen Parteien sagen: die Socialdemokratie will das Eigentum, die Ehe, die Familie zerstören, so werft ihnen die Bezeichnung „Vägnere“ und „Berle“ und er ins Gesicht.“ Prüfen wir, wie weit dieses lächerliche Wort gerechtfertigt ist. Das Programm enthält in Bezug auf die Arbeit nur folgenden Satz:  
„Der Großbetrieb in Ackerbau und Industrie... soll zum Vortheile Aller auf die gesamte Volkswirtschaft übertragen werden. Der Staat, d. h. die Gesamtheit der Staatsbürger, die den Staat bilden, soll die Organisation des Großbetriebes in Ackerbau, Industrie, Handel und Verkehr in die Hand nehmen und sich selbst regieren.“  
Wie ist aber die Organisation, die der Staat in die Hand nehmen soll, wie soll er sie in die Hand nehmen? Darüber bewahrt der Aufruf ein andurchdringliches Schweigen. Sehen wir uns nach anderen, klarer sprechenden Quellen um.  
Eines der wissenschaftlich reifsten Erzeugnisse der geistigen Arbeit der Socialdemokratie ist das „Communistische Manifest“, verfaßt von Marx und Engels, welches unter dem Motto: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ im Februar 1848 in London erschienen ist. Dasselbe ist abgedruckt in dem von Liebknecht, Bebel und Hepner selbst bearbeiteten ausführlichen Bericht über den „Leipziger Hochverratsproceß“ wider die Genannten, S. 97 fg. Liebknecht hat darüber — S. 130 — ausgesagt, daß er es seinem Gesamtinhalte nach noch heute unterschreibe; er hat allerdings bemerkt, daß seit 1848 Vieles in der Welt anders geworden sei, aber es läßt sich nicht annehmen, daß er diese Aeußerung auf die grundlegenden Gedanken des Manifestes bezogen habe, und wer die socialistische Presse etwas verfolgt hat, der weiß auch, daß die Gedanken des Manifestes von derselben noch heute festgehalten, ja häufig mit wenig umschriebenen Worten des Manifestes vortragen werden. In diesem Manifeste nun heißt es (S. 106 fg.): „Was den Communismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums. Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Producte, die auf Classengegensätzen, die auf der Ausbeutung der Einen durch die Anderen beruht.“  
„In diesem Sinne können die Communisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums zusammenfassen.“  
Nun, wenn die gegnerischen Parteien den Socialisten Aufhebung des Eigentums vortwerfen, so meinen sie natürlich Aufhebung des Privateigentums, d. h. des Eigentums der einzelnen Bürger, denn das Eigentum des Staates allein ist kein Eigentum mehr. Das Manifest gesteht auch weiterhin unumwunden ein, daß diese

## Bekanntmachung.

Als technischer Dirigent unseres Ingenieurbureaus soll ein Ingenieur, welcher eine höhere Staatsprüfung für das Ingenieurfach im engeren Sinne bestanden hat, mit dem Titel Ober-Ingenieur und einem jährlichen Gehalt von 5400  $\mathcal{M}$  angestellt werden.  
Dem Anzustellenden liegen die Leitung der Geschäfte in der Ingenieur- und Tiefbau-Abtheilung unseres Bureaus, sowie bez. die Projectirung, Bearbeitung, Ausführung und Ueberwachung von Parcellirungs- und Bebauungsplänen, der sämtlichen Straßenbauten einschließlich der Pflasterung und Chaussirung, der Schleusen, Brücken, Uferbauten, und zwar sowohl der Neu- als der Reparaturbauten, der Nivellements, Vermessungen und dergl. Arbeiten ob.  
Bewerber um diese Stelle werden veranlaßt, ihre Gesuche unter Beifügung ihrer Zeugnisse, insbesondere über ihre bisherige Thätigkeit und Leistungen bis zum 15. Januar 1877 bei uns einzureichen.  
Leipzig, am 22. December 1876.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Wesserschmidt.

## Bekanntmachung.

In Folge Wohnungswechsels ist Herr Advocat Dr. Fiediger aus dem Kirchenvorstande zu St. Petri ausgeschieden und an dessen Stelle auf Grund von §. 17, Absatz 3 der Kirchenordnungs- und Synodalverordnung für die evangelisch-lutherische Kirche in Sachsen vom 30. März 1868 Herr Commerzienrath Friedrich August Paul Wendorf vom Kirchenvorstande zugewählt worden. Derselbe hat die Wahl angenommen.  
Solches wird in Gemäßheit der Ministerial-Bekanntmachung vom 10. Februar 1870 und zur Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 25. September 1876 hierdurch bekannt gemacht.  
Leipzig, den 8. Januar 1877.  
Der Kirchen-Vorstand zu St. Petri.  
D. G. Fride.

## Bekanntmachung.

Als Folge Wohnungswechsels ist Herr Advocat Dr. Fiediger aus dem Kirchenvorstande zu St. Petri ausgeschieden und an dessen Stelle auf Grund von §. 17, Absatz 3 der Kirchenordnungs- und Synodalverordnung für die evangelisch-lutherische Kirche in Sachsen vom 30. März 1868 Herr Commerzienrath Friedrich August Paul Wendorf vom Kirchenvorstande zugewählt worden. Derselbe hat die Wahl angenommen.  
Solches wird in Gemäßheit der Ministerial-Bekanntmachung vom 10. Februar 1870 und zur Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 25. September 1876 hierdurch bekannt gemacht.  
Leipzig, den 8. Januar 1877.  
Der Kirchen-Vorstand zu St. Petri.  
D. G. Fride.

führen wolle. Was der Aufruf in dieser Beziehung sagt, sind wieder nur allgemeine Phrasen: „Auf gegenseitiger Liebe und Achtung“ wollen gewiss alle Parteien die Ehe begründet sehen; wir behaupten nur, in dem communistischen Staate ist die Familie gar nicht möglich, und darum verliert auch die Ehe ihren sittlichen Charakter, weil sie der sittlichen Freude wie der sittlichen Pflichten entbehrt, die in der Familie liegen. Das erwähnte Manifest ist auch in dieser Beziehung offener und klarer; es sagt:  
„Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Capital, auf dem Privat-erwerb. Vollständig entwickelt existirt sie nur für die Bourgeoisie, aber sie findet ihre Ergänzung in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und in der öffentlichen Prostitution.“  
„Die Familie der Bourgeoisie fällt natürlich weg mit dem Wegfall dieser ihrer Ergänzung, und beide verschwinden mit dem Verschwinden des Capital.“  
Ganz folgerichtig ist hier erkannt und zugestanden, daß die Familie nur denkbar ist mit Privateigentum, und daß die Beseitigung des letzteren auch die Beseitigung der ersteren zur Folge haben muß. Man sucht die Sache nur weiterhin durch die Insamie zu rechtfertigen, daß die bürgerliche Ehe schon jetzt „die Gemeinschaft der Ehefrauen“ sei. Die Familie ist dem Communisten aber auch darum verhasst, weil sie die Erziehung in den Händen der Eltern läßt. „Definitive und unentgeltliche Erziehung aller Kinder“ ist eine der Hauptforderungen des Communismus (S. 111 a. a. D.), weil die Erziehung dem Einflusse der herrschenden Classe entzogen werden soll. Was ist aber eine Familie, der die Kinder durch den Staat geraubt werden?  
Also auch das halten wir nach den socialistischen Schriften, wie nach den unermesslichen Consequenzen ihres Systems fest: die Socialdemokratie zerstört die Ehe, die Familie! Und wenn unsere Socialisten Dies nicht eingestehen, so können sie dazu nur durch die „praktischen Gründe“ bestimmt werden, aus denen Liebknecht gegen den Baseler Beschluß über Aufhebung des Grundeigentums sich erklärt hat. Es ist aber traurig, daß das deutsche Volk diese Geheimnistrücker länger dulden zu wollen scheint. Reichen wir hier ihnen wenigstens die Waage ab! Das erwähnte Manifest schließt mit den Worten:  
„Die Communisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltthätigen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“  
Das ist das Ziel der communistischen Partei, das sind die Gedanken, die Liebknecht noch heute unterschreibt, und das ist das Ziel, lieber Wähler, für das Du wirst, wenn Du Deine Stimme für Bebel abgibst, das Ziel, das unsern Socialisten, weniger offen als ihre Meister Marx und Engels, mit schönen Worten zu verhüllen suchen. Das Traurigste aber für Dich, lieber Wähler, der Du vielleicht aus Unzufriedenheit mit Deiner wirtschaftlichen Lage bei dem jetzigen allgemeinen Daniederliegen der Erwerbsthätigkeit gereizt bist, Deine Stimme Bebel zu geben, ist, daß Du dadurch Deine Lage nur noch verschlimmern kannst. Arbeitslosigkeit und Elend sind allezeit das Gefolge von politischer Unruhe oder gar gewaltthätigem Umsturze gewesen. Gegenwärtig kommt Alles darauf an, daß das Vertrauen in die Erhaltung des Friedens gesichert bleibe, dann wird auch das geschäftliche Leben wieder erwochen. Der Friede für uns kann aber nur erhalten werden, wenn wir den Frieden in uns er-